

## **A N T R A G**

der DIE LINKE.-Landtagsfraktion

betr.: Wahlmöglichkeit zwischen G 8 und G 9 an Gymnasien prüfen

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf, eine Wahlmöglichkeit der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler zwischen einem Abitur nach 12 oder nach 13 Schuljahren an der Schulform Gymnasium zu prüfen, insbesondere die möglicherweise entstehenden Kosten durch zusätzliche Klassenbildung, eventuell zusätzliches Personal, zusätzliche Räume und Ausstattungen an den Schulen.

Der Landtag fordert die Landesregierung außerdem auf, auf Grundlage dieser Prüfungen ein Gesamtkonzept für G9 vorzulegen, das auch die Wahlmöglichkeit an Gymnasien in allen Landkreisen beinhaltet.

### **B e g r ü n d u n g :**

Es gibt bereits einen Weg zum Abitur mit G9, an den Gemeinschaftsschulen und den beruflichen Schulen. Aber auch an den Gymnasien wollen immer mehr Eltern und Schüler und inzwischen auch der saarländische Philologenverband das Abitur nach neun Jahren Gymnasium. Andere Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sind vom Abitur nach acht Jahren inzwischen wieder auf das Abitur nach neun Jahren zurückgekehrt. In Baden-Württemberg gibt es seit Jahren im Rahmen eines Modellversuchs in jedem Landkreis ein Gymnasium, das G9 anbietet - mit großem Erfolg. Im Saarland sieht der aktuelle Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD zwar vor, dass sich eine Expertenkommission insbesondere mit „Fragen des Schulfriedens, der Schulzufriedenheit, des Schulzugangs, der Schulzeit (G8/G9)“ etc befassen soll. Diese hatte sich bis letztes Jahr allerdings noch überhaupt nicht mit dem Thema beschäftigt. Die Landesregierung hatte am 18. Mai dieses Jahres als Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion lediglich angekündigt, dass „im Jahr 2020 noch zwei bis drei Sitzungen insbesondere zu den Themen G8/G9 sowie zur Schulsozialarbeit stattfinden“ sollen (Drucksache 16/1325) - ob diese inzwischen stattgefunden haben und ob es irgendwelche Ergebnisse gab, ist aber nicht bekannt. Nach jahrelanger Diskussion sollte es nun eine ernsthafte Prüfung und darauf aufbauend ein belastbares Konzept der Landesregierung geben.